

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1946

15 (10.8.1946)

Badische Volksstimme

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang I, Nr. 15

Mannheim, den 10. August 1946

Preis 10 Pfg.

Um die Einheit und Lebensfähigkeit Deutschlands

Beschluß der Sitzung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 16. und 17. Juli 1946

Die Entwicklung Deutschlands zu einem demokratischen und friedfertigen Staat kann nur dann als gesichert betrachtet werden, wenn unserem Volk die Mittel zu einer selbständigen nationalen Existenz belassen werden. Nur unter dieser Voraussetzung kann das deutsche Volk auch die ihm auferlegten Reparationsverpflichtungen erfüllen. Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat zur Deutschlanddebatte auf der Pariser Konferenz der Außenminister Stellung genommen und konstatiert mit Genugtuung, daß in den Erklärungen des sowjetischen Außenministers Molotow im Vergleich zu anderen Plänen Vorschläge entwickelt worden sind, die die Erhaltung der Existenzgrundlage und der nationalen Selbständigkeit des deutschen Volkes ermöglichen.

Der Parteivorstand der SED begrüßt deshalb die von Molotow gemachten Vorschläge,

1. bei der Behandlung des deutschen Problems sich nicht von Rachegefühlen leiten zu lassen und Hitler-Deutschland nicht mit dem deutschen Volk gleichzustellen;
2. Deutschland als Staat nicht zu vernichten, indem man seine wesentlichen Industriewerte vernichtet;
3. Deutschland neben einer entwickelten Landwirtschaft auch eine entwickelte Industrie und einen entwickelten Außenhandel zu gewähren und anzuerkennen, daß Deutschland als einheitlicher Staat auch in der Zukunft ein wichtiger Faktor des Welthandels bleiben soll, dem das Recht der Ein- und Ausfuhr gesichert wird wobei in bestimmten, von den Alliierten festgesetzten Grenzen keine Schranken für eine Steigerung der Erzeugung von Stahl, Kohle und Industriewaren zivilen Charakters errichtet werden sollen;
4. das Ruhrgebiet Deutschland zu belassen, weil es ohne das Ruhrgebiet nicht leben kann;
5. Deutschlands Einheit zu wahren und alle föderalistischen Pläne, die eine Zerreißung in lebensunfähige Stücke bedeuten würden, fallen zu lassen;
6. daß über die zukünftige staatsrechtliche Gestalt des deutschen Volk selbst entscheiden soll;
7. die Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung ins Auge zu fassen und als ersten Schritt dazu die schon in Potsdam beschlossenen fünf gesamtdeutschen Staatssekretariate zu errichten.

Das gesamte deutsche Volk wird anerkennen, daß es sich bei diesen Vorschlägen um einen gerechten, großzügigen und weit-schauenden Plan zur Lösung des deutschen Problems handelt, wobei die sowjetischen Vorschläge auf dem Grundgedanken beruhen, einem neuen demokratischen und friedfertigen Deutschland die Einheit und Lebensfähigkeit zu sichern.

Im hohen Maße wird die Weiterentwicklung davon abhängen, in welchem Maße unser Volk selbst die notwendige Aktivität in der Richtung der Demokratisierung



Nur um ihre Kastenvorrechte und Privilegien zu retten und der Reaktion und dem Imperialismus wenigstens eine Teilposition in diesem oder jenem deutschen Land zu erhalten, deshalb betreiben die Militaristen und Imperialisten, die adeligen Großgrundbesitzer, Rüstungsmagnaten und Bankfürsten den offenen Landesverrat. Das ist der tiefere Hintergrund des Separatismus und Partikularismus jeder Art.

Deutschlands, der Vernichtung der Überreste des Faschismus und Militarismus entwickelt. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird alle ihre Kräfte einsetzen, um die Wiederholung einer neuen deutschen Aggression unmöglich zu machen und das deutsche Volk als ein demokratisches und friedfertiges Volk in die Gemeinschaft der Völker zurückzuführen. Die Einheit der Arbeiterbewegung und der Block aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte ist dazu die wichtigste Voraussetzung. Nur auf diesem Boden kann unser Volk eine neue und bessere Zukunft in Frieden und Freiheit gewinnen.

Zum politischen Schulungstag:

Was ist Demokratie?

Die Demokratie gehört heute zu den am meisten gebrauchten, aber auch am meisten umstrittenen Begriffen unseres politischen Lebens. Nach dem totalen Zusammenbruch des Hitler-Reiches wollen alle Demokraten sein. Auch solche Politiker, die sich in der Vergangenheit als Feinde der Demokratie einen Namen gemacht haben, um ihre volksfeindlichen Absichten damit zu verschleiern.

Kein Wunder daher, daß mit dem Wort Demokratie heute die verschiedensten Auffassungen bezeichnet werden. Die einen erklären, Demokratie sei „Freiheit der Persönlichkeit“ und geraten arg in Harnisch, wenn die demokratischen Verwaltungsorgane Kriegs- und Naziverbrecher hart anfassen. Andere erblicken die Demokratie in der zügellosen „Meinungsfreiheit“, auch für die ausgemachtsten Feinde der Demokratie. Wieder andere, die ihre praktische Aufgabe darin erblicken, die Spaltung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Kräfte aufrechtzuerhalten, verstehen unter Demokratie die Parteienzersplitterung und den Parteienkampf und erklären: „Eine Demokratie mit Einheitspartei oder Einheitsliste ist keine Demokratie, sondern ist das Gegenteil: Diktatur.“

Die KP., als Vertreterin des Marxismus erklärt auch die Frage der Demokratie vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus. Der Marxismus lehrt uns, daß der Begriff

Demokratie historisch bedingt

ist. Wir wissen aus der Geschichte, daß die Demokratie sehr alt ist. Schon in grauen Vorzeiten der Menschheit, noch vor dem Aufkommen des Staates und der Klassen, gab es eine naturwüchsige Demokratie. Friedrich Engels schildert diese ursprüngliche Demokratie beispielsweise in der alten deutschen Markverfassung folgendermaßen:

„In der Urzeit war die ganze öffentliche Gewalt in Friedenszeiten ausschließlich eine richterliche, und diese ruhte bei der Versammlung des Volkes in der Hundertschaft, im Gau, im ganzen Volksstamm.“

Das Kennzeichnende dieser Demokratie besteht also darin, daß die öffentliche Gewalt vom Volke ausging. Das Volk hatte die Macht. Und etwas anderes heißt Demokratie auch nicht, als Volksherrschaft. Das kann man übrigens in jedem Fremdwörterbuch nachlesen.

Aus der naturwüchsigen Demokratie entwickelten sich jedoch das Privateigentum, die Klassen und schließlich der Staat. Die öffentliche Gewalt ging an eine bestimmte Klasse, Kaste oder in deren Auftrag an eine Einzelperson über. Der Staat wurde zum Herrschaftsinstrument der besitzenden Klasse. Die höchste Form dieser undemokratischen Verfassung war die absolute Monarchie, in der die öffentliche Gewalt allein beim Monarchen lag. Diese absolutistische Form des Mittelalters wurde abgelöst durch die bürgerliche Gesell-

**Die KPD ist die Partei,
die stets die wahren Interessen des Volkes vertritt!**

Badische
Landesbibliothek

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.
Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische
Landesbibliothek

schaftsordnung, die unter der Losung der allgemeinen Menschenrechte erkämpft wurde. Die Losungen der großen bürgerlichen Revolution in Frankreich waren: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Aber die bürgerliche Demokratie, die in den einzelnen Ländern früher oder später und mehr oder weniger vollkommen erkämpft wurde, war keineswegs die Wiederherstellung der alten, naturwüchsigen Demokratie, sondern sie war eine

formale Demokratie.

Denn die politische Gleichheit aller Menschen, die sie proklamierte, wurde aufgehoben durch die wirtschaftliche Ungleichheit, die zu einer praktischen politischen Ungleichheit führte. Formell hat z. B. nach den Spielregeln dieser formalen Demokratie jeder Bürger das gleiche Recht der freien Meinungsäußerung. Aber der einzelne Arbeiter oder Bauer hat praktisch fast keine Möglichkeit, seine Meinung in der Presse frei zu äußern, während ein Kapitalist sich einen ganzen Zeitungskonzern zusammenkaufen kann (Hugenberg), um seine Meinung Millionen anderer Menschen aufzudrängen. In dieser Demokratie übt, wie Engels sagte, „der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus.“

Wenn wir Kommunisten heute für eine antifaschistische Demokratie kämpfen, so wollen wir damit weder die naturwüchsige Demokratie der Vorzeit noch die formale Demokratie, beispielsweise der Weimarer Republik, wiederherstellen. Wir kämpfen um eine wahrhafte, das heißt um eine reale Demokratie, wie sie sich aus den Bedingungen der heutigen Zeit ergibt. In der Demokratie, für die wir heute kämpfen, soll die Staatsgewalt wirklich vom Volke ausgehen, diese Demokratie soll eine

wirkliche Volksherrschaft

sein.

Eine solche Demokratie kann aber in unserer Zeit nur verwirklicht werden, wenn die Ursachen beseitigt werden, die die Demokratie zur formalen machen. Das erfordert die Durchführung folgender Maßnahmen:

1. Die Macht der Kriegsverbrecher und Militaristen muß gebrochen werden. Dazu ist die Bestrafung der Kriegsverbrecher und die Enteignung der reaktionären Junker in ganz Deutschland nötig.
2. Der wirtschaftlichen Vormachtstellung der großen Kapitalisten, der Trust- und Konzernherren muß ein Ende bereitet werden, damit sie ihre wirtschaftliche Macht nicht zur politischen Macht ausnutzen können. Darum ist die Beseitigung der kapitalistischen Monopole (Trusts, Konzerne usw.) im ganzen Lande nötig.
3. Der Beamtenapparat der demokratischen Republik muß aus Vertretern des Volkes bestehen, die von dem ganzen Volke kontrolliert werden können und ihm verantwortlich sind.
4. Die demokratischen Rechte und Freiheiten der breiten Volksmassen müssen weitgehend gesichert sein. Die werktätigen Massen müssen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens das Mitbestimmungsrecht besitzen. Jeder Mißbrauch der demokratischen Rechte durch die Feinde der Demokratie muß unterbunden werden.

Nur wenn diese Mindestforderungen erfüllt werden, kann eine wirkliche Demokratie, das heißt eine Volksherrschaft, errichtet werden. Und der Ernst und Eifer, mit dem die einzelnen Parteien für diese Maßnahmen kämpfen, ist der Prüfstein dafür, wie weit die tatsächlich demokratischen Parteien sind.

F. Cc.

Den Bock zum Gärtner gemacht?

Direktor Krüger aus Bruchsal jetzt am Landesgefängnis Mannheim!

Der bisherige Leiter des Landesgefängnisses Mannheim, Arnold, wurde vorläufig von seinem Amt enthoben und ist jetzt nach mehrtägiger Haft wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Untersuchungen über seinen Fall gehen fort.

Inzwischen hat der Herr Direktor des Zentralgefängnisses Bruchsal, Krüger, die Leitung des Landesgefängnisses Mannheim übernommen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß man damit den Bock zum Gärtner gemacht hat.

Herr Dir. Krüger ist eine Erscheinung, die es verdient, daß man sich mit ihr näher beschäftigt. Wird er in der Lage sein, im Mannheimer Landesgefängnis Verhältnisse zu schaffen, die dem neuen demokratischen Geist einigermaßen entsprechen?

Alles was wir über Herrn Dir. Krüger bisher hörten, deutet darauf hin, daß diejenigen, welche auf eine Aenderung der Zustände am Landesgefängnis Mannheim hofften, aus dem Regen in die Traufe geraten sind. Im Juli 1945 tauchte Herr Dir. Krüger als vollkommen unbekannter, verhältnismäßig junger Mann in Bruchsal auf. Er soll vorher 2½ Jahre im Zuchthaus verbracht haben. Die Gründe für seine Haft sind allerdings dunkel, und er selbst hat nichts dazu getan, um dieses Dunkel zu lichten. Er trug besondere Sorge dafür, zu verbreiten und zu lassen, er sei politischer Kz.-Häftling, und viele glaubten deshalb, daß nun die nazistischen und militaristischen Beamten ausgeschaltet und ein neuer Geist in die Anstalt einziehen würde. Indessen wurden diese Erwartungen leider bitter enttäuscht. Der „politische Kz.-Häftling“ Krüger lehnte es ab, der Vereinigung politischer Verfolgter nähere Angaben zu machen, sodaß diese ihn nicht bestätigen kann, und außerdem begann er seine Tätigkeit ganz im Geiste des preußischen Militarismus und führte sie auch in dieser Weise fort.

Er verlangte beispielsweise, daß die Beamten, wenn sie ihm begegnen, die Mütze bis ans Knie abziehen müssen, daß sie ihm „melden“ müssen, etwa: „Werkmeister X auf dem Wege zum Materialschuppen“, er verlangte das Achtungsrufen, Aufstehenrufen und ähnliche militaristische Feinheiten und Mätzchen, welche sich schlecht mit der freien Handlung selbstbewußter Menschen vereinen lassen. Er hat vielfach bewiesen, daß er gänzlich vom militaristischen Geiste durchdrungen ist und in einer militaristischen Formenwelt lebt.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß Herr Dir. Krüger von der Entnazifizierung recht eigentümliche Begriffe hat. Im Zentralgefängnis Bruchsal ist trotz der Leitung durch den angeblich „politischen Kz.-Mann“ Krüger das „tausendjährige Reich“ anscheinend noch nicht zusammengebrochen, und es steht zu befürchten, daß er das auch in Mannheim wieder auferstehen lassen will.

Im ganzen Bruchsaler Gefängnis gab es während der Nazizeit nur vier Beamte, welche der NSDAP nicht beitraten, und welche deshalb neben den entsprechenden Schikanen auch in ihrem beruflichen Aufstieg sehr gehemmt wurden. Man sollte meinen, daß ihnen die ausgleichende Gerechtigkeit jetzt eine Chance geben würde, zumal sie alle umfangreiche Dienstkenntnisse und gute Prüfungszeugnisse besitzen. Statt dessen werden die während der Nazizeit bevorzugten Nazi-Pgs jetzt nochmals

bevorzugt und an die wichtigsten Stellen der Anstalt gesetzt. Dafür einige Beispiele:

An leitender Stelle der Anstalt steht Herr Franz Siegel, von Herrn Krüger zum Inspektor und Personalchef ernannt. 1934 bis 1936 im NSKK.

Ebenfalls an leitender Stelle steht der gleichfalls von Herrn Krüger zum Polizeiinspektor ernannte ehemalige Betriebsleiter Josef Obrecht, eingeschriebenes Mitglied der NSDAP seit 1937.

Ein junger Mensch von 29 Jahren, Oskar Boos, wurde zum Stellvertreter des Obrecht. Er hat noch nicht ein Jahr Dienstzeit und kann trotzdem alte Beamte, Gegner des Nazismus und schon 25 bis 30 Jahre im Dienst, kommandieren. Welches sind die besonderen Eigenschaften, die ihn dazu berufen erscheinen lassen? Sehr einfach: Er ist der Sohn eines Naziaktivisten aus Waghäusel und war schon mit seinem 15. Lebensjahr, im Jahre 1932 Mitglied der HJ und später besonders eifriger HJ-Führer.

Den früheren Sekretär Josef Schmitt ernannte Krüger zum Arbeitsinspektor. Er ist Nazi-Parteimitglied seit 1941.

Den ehemaligen Betriebsleiter Oskar Heilmann machte Krüger zum Wirtschaftsinspektor. Er ist Nazi-Parteimitglied seit 1941.

Gutsverwaltungsinspektor ist ein gewisser Karl Megerle, der den Nazikreisleiter aus den Erträgen des Guts Hofes gut versorgte. Kein Wunder, ist er doch Mitglied der NSDAP seit 1938.

Nach diesem Ausschnitt aus der Personalpolitik des Herrn Krüger noch einige charakteristische Aussprüche:

Im Januar 1946 erklärt der „politische Kz.-Mann“ Krüger, daß ihm als Beamte alte Pgs von 1937 lieber seien, als Nicht-Pgs, die nichts sind. Krüger weiß genau, daß intelligente, fleißige und unbelastete Beamte da sind und leiern trotzdem die alte reaktionäre Platte von den „Fachleuten“ herunter, ja er bevorzugt die unbelasteten Beamten sogar, allerdings nur bei Entlassungen, die mit allerlei technischen Gründen motiviert werden.

Im Dezember 1945 erklärt der „politische Kz.-Mann“ Krüger, daß man in der Anstalt keinen Betriebsrat haben könne, weil die Anstalt diktatorisch geleitet werden muß. Im Juli 1946 erklärt der „politische Kz.-Mann“ Krüger, daß er Beamten nicht nach ihrer politischen Vergangenheit beurteile, sondern nach ihren Leistungen. Sehr schön; Krüger sagt aber weiterhin, wie dies zu verstehen ist. Er erklärt nämlich, daß ihm ehemalige Soldaten lieber seien, weil diese „Führereigenschaften“ besitzen. So hat er auch gehandelt, indem er die oben aufgeführten Ernennungen veranlaßte und zwar zu Beginn seiner Tätigkeit, also zu einem Zeitpunkt, wo er die Leistungen noch nicht als Wertmesser anlegen konnte.

Dies ist also ein Jahr nach dem Zusammenbruch des „tausendjährigen Reiches“ das Zentralgefängnis Bruchsal, und sein Direktor Krüger, der jetzt am Landesgefängnis Mannheim eine neue Aera einleiten soll. Ist Direktor Krüger der Mann, welcher die Mißstände am Landesgefängnis Mannheim, auf welche die „Badische Volksstimme“ hingewiesen hat, beseitigen kann? Ist Direktor Krüger der Mann, welcher dem neuen demokratischen Geist Eintritt in diese dunkle Ecke des öffentlichen Lebens verschaffen kann? Ist Direktor Krüger der Mann, welcher die Gewähr für eine saubere fortschrittliche Leitung einer so wichtigen Einrichtung, wie es der Strafvollzug ist, bieten kann?

Anträge der Kommunistischen Stadtratsfraktion Mannheim

Die Kommunistischen Stadträte in Mannheim haben folgende Anträge gestellt:

- A 16 Wiedereinführung der Straßenbahnhaltestelle Graßmannstraße, Rheinau.
- A 17 Arbeitsleistung für den Wiederaufbau Mannheims (Ehrendienst) für alle Personen, deren Gesuch um Genehmigung eines Gewerbes vom Wirtschaftsausschuß der Stadt Mannheim abschlägig beschieden wird.
- A 18 Die Zulassung zum Studium an der Handelshochschule Mannheim und an der demnächst zu eröffnenden Ingenieurschule soll abhängig gemacht werden von der Leistung eines mehrtägigen Ehrendienstes beim Aufbau der Stadt Mannheim.
- A 19 Alle Personen, die jetzt im Eilverfahren und später im ordentlichen Verfahren durch die Spruchkammer Sühnemaßnahmen auferlegt bekommen, sind ungeachtet dieser zur Ableistung des Ehrendienstes für den Wiederaufbau der Stadt Mannheim zu erfassen.

Rechenschaftsbericht der Kommunistischen Stadträte in Pforzheim

In einer öffentlichen Versammlung am 3. 8. 1946 in der Schulturnhalle Brötzingen gaben die beiden kommunistischen Stadträte Schick und Bachmann einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit seit dem 26. 5. 1946.

Die Oberbürgermeister- und Bürgermeisterfrage wurde behandelt und das Verhalten der CDU und DVP erörtert. Daß man bei der Wahl des Oberbürgermeisters dem sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme nicht gab, charakterisierte so richtig die politische Einstellung der CDU und DVP, wenn man die vorhergehenden Aussprachen zwischen den Parteiführern beleuchtet. Daß aufgrund dieser Vorkommnisse die SPD an den Bürgermeisterwahlen nicht mehr interessiert ist, können wir verstehen. Sie hat hierbei unsere volle Unterstützung. Die Vertreter der Arbeiterparteien lassen nicht mit sich spielen.

Die Stadträte gaben auch Bericht über die Tätigkeit der Kontrollausschüsse. Die verschiedensten Gebiete wurden behandelt, z.B. Milchhof, Ernährungs- und Wirtschaftsamt, Fahrbereitschaft und Wohnungsamt. Damit richtig zugegriffen werden kann, muß die Bevölkerung mitarbeiten. Wo sich Mißstände ergaben, wurde Abhilfe geschaffen. Die Zuhörer waren erfreut, daß sie über die kommunalpolitischen Dinge informiert wurden. Aus der Versammlung heraus wurde der Wunsch geäußert, jeden Monat einen solchen Bericht abzugeben. Unsere Partei wird diesem Verlangen nachkommen.

Polizeirat Fiebig wieder im Dienst!

Wie wir erfahren, ist der ehemalige Kommandeur der Mannheimer Schutzpolizei, Polizeirat Fiebig, welcher vorläufig beurlaubt worden war, durch die amerikanische Militärregierung wieder in sein Amt eingesetzt worden. Der durch einstimmigen Stadtratsbeschluß beauftragte Untersuchungsausschuß setzt indessen seine Arbeit fort, um die Frage zu klären, ob Polizeirat Fiebig, unseren Lesern als ausgesprochener Träger preußisch-militaristischen Geistes bekannt, weiterhin Kommandeur der Schutzpolizei eines wirklich demokratischen Gemeinwesens sein kann. Große Teile der Beamtenschaft und die fortschrittliche Bevölkerung Mannheims sind der Ansicht, daß die Leitung einer demokratischen Volkspolizei in Mannheim einer eindeutig und entschieden demokratisch gesinnten Persönlichkeit übertragen werden muß.

Wir möchten noch einmal darauf aufmerksam machen, daß die Stadträte Schick und Bachmann ab 15. August jeden Dienstag und Freitag von 4—7 Uhr auf der Geschäftsstelle, Westl. 277, zu sprechen sind. Es können dort Beschwerden, Wünsche, Vorschläge usw. vorgebracht werden.

Heute schon machen wir auf eine öffentliche Versammlung aufmerksam, welche am 24. August abends 8 Uhr im Brötzingener Kino stattfinden wird.

Die KPD und der Neuaufbau Pforzheims

Die KPD hat sich an den Stadtrat von Pforzheim mit einem Antrag gewandt, in dem sie Mittel und Wege vorschlägt, um diese fast völlig zerstörte Stadt wieder aufzubauen. Um der Situation überhaupt Herr zu werden, müssen gänzlich neue Wege beschritten werden. Die Mitarbeit breiter Bevölkerungsschichten muß gesichert werden. Die Finanzfrage wird eine entscheidende Rolle spielen. Als Sofortmaßnahme ist in Angriff zu nehmen der Aufbau leicht beschädigter Gebäude und Wohnungen und die Erstellung von Kleinwohnungen in Baracken- oder Leichtbau. Um bis zum Winter menschenwürdige Unterkünfte für die vielen Wohnungssuchenden zu schaffen, muß der Pforzheimer Stadtrat möglichst bald und gründlich zu diesen Fragen Stellung nehmen.

Obstzuteilung an Flüchtlinge und andere arme Personen

Der Freie Gewerkschaftsbund Weinheim ersucht den Stadtrat, für die Flüchtlinge und Evakuierten mit ihren Kindern einen Teil des städtischen Obstes, das anfällt, bereitzustellen, da es diesen Menschen, die hier fremd sind, nicht gelingt, etwas Obst zu bekommen.

Der allgemeine politische Schulungstag

findet in allen Ortsgruppen des Landesbezirks Nordbaden in der Woche vom 11. bis 17. August statt. Alle Mitglieder, ob neue oder alte, nehmen daran teil. Der genaue Tag wird von den Leitungen bekanntgegeben.

Thema: „Die Antifaschistisch-Demokratische Republik“
(Das Wesen der Demokratie)

KPD-Landesbezirksleitung Baden
Abt. Werbung und Schulung

Rückkehrertransporte aus Rußland

Laufend treffen in Frankfurt an der Oder Transportzüge unserer Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion ein. Wurden bisher nur Kranke erlassen, so handelt es sich jetzt um Tausende und Abertausende gesunder Männer, die braungebrannt und gut genährt zu ihren Familien zurückkehren.

Nach ihren Erlebnissen befragt, geben sie übereinstimmend Erklärungen ab, die alle bisher verbreiteten Nazilügen widerlegen. Sie werden auch bei uns sprechen, und dazu beitragen, die Wahrheit zu verbreiten. Von den nachstehenden Heimkehrern konnten wir ihren Heimatort erfahren:

Reiner, Josef, Furtwangen, Baden, Staatsberg 5.

Stiefenhöfer, Oskar, Pforzheim, Calwer Straße 124.

Tritschler, Erwin, Mosbach, Bleichstraße 12.

Schäfer, Georg, Birkenau bei Weinheim; Fritz, Kurt, Lauda-Land, Baden.

Sigmund, Alfred, Mannheim, Käfer-talerstraße 36.

Finke, Georg, Sulzbach bei Karlsruhe.

Baumgartner, Wilhelm aus Mannheim, Straße unbekannt.

Wir werden laufend die Namen zurückgekehrter Kriegsgefangener, soweit wir sie erfahren, an dieser Stelle veröffentlichen.

Ein Mannheimer Geschäftsmann

Amtliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters der Stadt Pforzheim

Am 14. 6. 1946 wurden folgende Personen vor dem einfachen Militärgericht Pforzheim abgeurteilt und folgende Geldstrafen verhängt:

Plumhans, Jan, Mannheim, Industriestraße 2 — streng verwarnt wegen ungesetzlicher und unbefugter Geschäftsmacherei. Muß die amerikanische Zone verlassen und in sein Heimatland, Belgien, zurückkehren.

Wie wir erfahren, betreibt Herr Plumhans seine durch das obige Urteil genügend charakterisierten Geschäfte frisch und fröhlich weiter und kümmert sich nicht um den von dem amerikanischen Militärgericht ausgesprochenen Landesverweis. Die Gewerbeaufsichtsbehörden sollten sich unseres Erachtens einmal damit befassen.

„Die Einheit siegt, was auch geschehen mag!“

Von Korrespondenten nach den Eindrücken des Besuchs in der westlichen Zone befragt, antwortete Wilhelm Pieck:

„Der Eindruck, den ich bei meiner Westzonenreise von dem Willen zur Vereinigung aller Werktätigen gewonnen habe, ist ein sehr großer. Ueberall habe ich die durchdringende Stimme zur Einheit klar und deutlich vernommen.“

Und Otto Grote wohl fügte hinzu:
„Die Einheit siegt, was auch geschehen mag.“

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erreichung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.
Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er der Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Fürstenschlösser!

I.
Schlösser werden Arbeiter-Erholungsheime
Potsdam — Die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg hat dem FDGB einige im Zuge der Bodenreform enteignete Schlösser und Sommersitze zur Einrichtung von Erholungsheimen für Werktätige übergeben. Diesem Zweck werden im Kreis Beeskow-Storkow das Schloss am Woche-see, das Schloss Bugk und ein Gebäude in Köthen am Köthener See zugeführt. Für die Werktätigen aus Guben und Umgebung wird das Schloß Bärenklau eingerichtet. Ein Teil des in der Nähe von Belzig im Kreis Brandenburg liegenden, einstmals dem Reichssportführer von Tschammer und Osten gehörigen Gebäudekomplexes mit Freibad, Sportplätzen und Parkanlagen wird ebenfalls der Erholung der Betriebsarbeiter dienen.

II.
Und bei uns?
In H e m s b a c h, einer kleinen Gemeinde an der Bergstraße, sind bis heute rund 700 Flüchtlinge, Evakuierte aus ausgebombten Städten, zurückgekehrte Kriegsgefangene ohne Heimat unter den gedrängtesten Verhältnissen untergebracht, wobei oft fünf Personen in einem Raum hausen.

In H e m s b a c h besitzt der Freiherr von Heyl ein großes Gut, den Rennhof mit Schloß, das nur von dem freiherrlichen Ehepaar und etlichen Hausangestellten bewohnt wird. Der bisherige Landrat des Landkreises Mannheim, Dr. G a a, erklärte, daß das Schloß und seine Oekonomiegebäude zur Unterbringung von Menschen nicht geeignet seien. Auf Anregung der Kommunistischen Partei haben die drei Parteien in H e m s b a c h, SPD, CDU und KPD, über den Gemeinderat folgendes Schreiben an den Landrat gerichtet:

H e m s b a c h, den 24. Juni 1946.
An den Herrn Landrat — We n h e i m.
Betr.: Unterbringung von Flüchtlingen.

Unter der Bevölkerung von H e m s b a c h herrscht Mißstimmung darüber, daß das Schloß des Freiherrn von Heyl nicht mit

Flüchtlingen belegt wird, während die Häuser des Ortes vollgepfropft werden müssen, um die Leute unterzubringen. Die Gründe, die gegen eine Belegung des Schlosses von seiten des Landratsamtes angeführt werden, erscheinen uns nicht stichhaltig. Wir erblicken darin nur eine Begünstigung des Herrn von Heyl. Wir sind gezwungen, in H e m s b a c h Flüchtlinge in noch schlechteren Räumen unterzubringen.

Wir bitten den Herrn Landrat, eine Entscheidung betr. des Schlosses noch einmal zu überprüfen und dem Herrn Bürgermeister in H e m s b a c h hierüber Nachricht zu geben.

Weiter hätten wir die Bitte, daß, wenn vom Bürgermeister hier eine Beschlagnahmung einer Wohnung ausgesprochen wird, nicht vom Landratsamt (fast in jedem Fall) eine Aufhebung erfolgt.

Die Verhältnisse in H e m s b a c h dürfte doch der Bürgermeister besser kennen als ein Angestellter des Landratsamtes.

Für die SPD: gez. Oswald Ehret

Für die CDU: gez. Augustin Brauch

Für die KPD: gez. Erich Betz.

Keine Antwort ist auch eine Antwort! Das Schloß könnte bequem eine größere Zahl von Flüchtlingen aufnehmen, ohne daß das freiherrliche Ehepaar sonderlich gestört würde. Warum schweigt sich das Landratsamt über diese Frage aus? Die Bevölkerung verlangt Rechenschaft in aller Öffentlichkeit!

Unter dem Torbogen des alten Rathauses zu H e m s b a c h, wo weder des Tags die Sonne noch nachts der Mond hinscheint, sind Flüchtlinge untergebracht. Warum braucht das freiherrliche Schloß niemand aufzunehmen? Was steckt dahinter? Es ist Zeit, daß die Bevölkerung von H e m s b a c h die Angelegenheiten ihrer Gemeinde selbst in die Hände nimmt und in einer öffentlichen Bürgerversammlung unmißverständlich ihren Standpunkt klarlegt und die Durchführung der Maßnahmen beschließt, welche hier allein angebracht sind.

III. Zonenkonferenz

der Landkommissionen der KPD von Bayern, Württemberg-Baden und Großhessen

Die am 10. und 11. Juli 1946 in Kösching (Obb.) tagende Konferenz kam zu folgendem Ergebnis:

Zur Landarbeiterfrage:

1. Alle Bestrebungen, einen den Verhältnissen entsprechenden Landarbeitertarif zu finden, müssen scheitern, solange die Bauern nicht in die Lage versetzt werden, Löhne zu zahlen, die an die Industrielöhne angeglichen sind.

2. Der Masseneinsatz von Arbeitskräften in unserer Landwirtschaft, wie er zur Ueberwindung der Ernährungskrise von den Kommunisten schon immer gefordert wurde, verlangt aber eine Angleichung des Landarbeiterlohnes an den Lohn des Industriearbeiters.

Die Konferenz arbeitete daher aus:

1. Einen entsprechenden neuen Tarif für die Landarbeiter.

2. Eine Veränderung des Preisgefüges für die landwirtschaftlichen Produkte, mit der der Bauer in die Lage versetzt wird, die richtigen Löhne zu zahlen.

3. Einen Plan zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in solchem Ausmaße, daß die Erhöhung der bäuerlichen Einnahmen fast ohne Belastung des Verbrauchers möglich ist. Die Nahrungsmittel-erzeugung in der USA-Zone wird dadurch

wesentlich gesteigert und die Ernährung auf den wichtigsten Gebieten entscheidend verbessert.

Zum Anbauplan für 1947:

Die Zonenkonferenz begrüßt die Veröffentlichung eines Anbauplanes für 1947, wie er in der „Neuen Zeitung“ vom 8. Juli 1946 erschien. Die Kommunisten haben einen derartigen Anbauplan mit Begründung schon 1945 gefordert. Die Zonenkonferenz begrüßt es besonders, daß dieser Anbauplan in seinen Grundzügen mit den von den Kommunisten im September 1945 eingereichten Grundsätzen zur Sicherung der Ernährung übereinstimmt.

Die Kommission bedauert die verspätete Herausgabe dieses Planes und hält die vorgesehene Ausdehnung des Anbaues für Oelfrüchte und Zuckerrüben für ungenügend. Auch wird sich die in dem Plan vorgesehene Intensivierung des Anbaues nicht verwirklichen lassen, wenn die bestehenden landwirtschaftlichen Erzeugerpreise und der aus dem Jahre 1923 stammende Landarbeitertarif bestehen bleiben. Die Zonenkonferenz wird auf diesen Gebieten in Kürze einen umfassenden Plan der Öffentlichkeit unterbreiten.

Auszug aus dem Plan der
Kommunisten zur Verän-

derung des Lohn- und Preis-gefüges in der Landwirtschaft:

Die Kommunisten fordern folgende Preise und Löhne:

Roggen: Erhöhung auf 10 RM je Ztr. auf Kosten der Müller und Bäcker.

Weizen: Erhöhung auf 12 RM je Ztr. auf Kosten der Müller und Bäcker.

Braugerste: Erhöhung auf 14 RM je Ztr. auf Kosten der Bierbrauer.

Raps, Rüben: Erhöhung auf 50 RM je Ztr. auf Kosten der Oelmühlen und soweit auf Kosten der Verbraucher, daß 1 kg Oel statt 3.— RM 4.21 RM kostet. Welcher Verbraucher könnte die Erhöhung nicht tragen, wenn er tatsächlich Oel erhält?

Zuckerrüben: Erhöhung auf 3.— RM je Ztr. auf Kosten der Zuckeraktiengesellschaften.

Die Kommunisten fordern für Landarbeiter:

Ueber 20 Jahre 62 Rpf. Stundenlohn. Essen, Deputat usw. ist nach Tagespreis abzuziehen.

Jahreslohn für gelernten Knecht bei freier Station, Verpflegung usw. 1200 RM.

Die übrigen Löhne gruppieren sich entsprechend. Für die Frauen wird bei gleicher Leistung in der Landwirtschaft auch gleicher Lohn verlangt.

Bestellungen auf die
Badische Volksstimme
nehmen alle Postanstalten, Postagen-
turen, Briefträger und Landpost-
boten entgegen. Monatsabonnement:
0,50 RM zuzügl. Zustellgebühr.

Der Markensammler von Seckenheim

In der Nazizeit hat sich der Meister der Schutzpolizei S e l d n e r unter der Seckenheimer Bevölkerung höchst unbeliebt gemacht und Strafverfügungen, wie die nachstehende, vermittelte er am laufenden Band, so daß er sich in Seckenheim den Beinamen „Der Markensammler“ zuzog:

Strafverfügung

Der Polizeipräsident

Mannheim

Akt. Z. 2798/Vlb

Gastwirtschaft „Zum Hirsch“

Mannheim-Seckenheim

Sie sind beschuldigt, daß Sie am 14. Februar 1943, um 14.30 Uhr, in Ihrer im Hause Zähringerstraße 51 in Mannheim-Seckenheim gelegenen Wirtschaft „Zum Hirsch“ fünf Zivilarbeiter polnischen Volksstammes duldeten und an diese Getränke verabreichten.

Beweismittel: Zeuge Meister der Sch. S e l d n e r. Es wird eine Geldstrafe von 20.50 Mark festgesetzt, im Falle der Uneinbringlichkeit vier Tage Haft.

Es würde die Seckenheimer Einwohnerschaft interessieren, womit dieser Herr heute seinen Lebensunterhalt bestreitet. Sollte ihm das damalige Markensammeln soviel eingebracht haben, daß er heute davon leben kann? Oder bekommt er etwa für seine ruhmvolle Vergangenheit heute noch eine Pension?

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Telefon 42 561. Mannheim, S 3, 10 | Auflage 40 000 | Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim/Bergstr., Friedrichstr. 24 | Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Fr. 10. 4. 46.